FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

BLICKPUNKT KROATIEN

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IN POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG REGIONALBÜRO ZAGREB

NR. 27 / MAI 2016

DIE KROATISCHE DEMOKRATIE AUF DEM PRÜFSTAND

Die Gefahr einer „Orbanisierung" Kroatiens

Editorial von Nenad Zakošek

Die Demokratie wurde in Kroatien nach 1990 schwer erkämpft. Die Gleichzeitigkeit von Demokratisierung, ökonomischer Transformation, Staatsbildung und Krieg hatte zur Verfestigung von autoritären Machtstrukturen, demokratisch defizitären Institutionen, einem extremistischen nationalistischen Diskurs, politisch beeinflusster Umverteilung der Wirtschaftsresourcen, Korruption und Klientelismus geführt. In der Dekade von 1990 bis 2000 war die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) alleine an der Macht und missbrauchte ihre dominante Stellung, um den Staat, alle öffentlichen Institutionen und sogar viele gesellschaftliche Organisationen mit ihren politischen „Kadern" zu durchdringen: von der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt bis zu öffentlichen Unternehmen, Schulen und Krankenhäusern, von den Organen der lokalen und regionalen Selbstverwaltung bis zu den Veteranen- und Kriegsopfervereinigungen und wichtigen privaten Medienunternehmen. An der Spitze der politischen Pyramide stand der fast allmächtige Staatspräsident, Franjo Tuđman, der seine Verfassungsbefugnisse im semipräsidentiellen System dazu ausnutzte, um über die legislative und judikative Gewalt bestimmenden Einfluss zu gewinnen. Die Geheimdienste wurden dazu missbraucht, um die Oppositionsparteien und die Zivil-gesellschaft zu schwächen und einzuschüchtern.

Es zeigte sich aber, dass dieses System sich nicht auf längere Zeit stabilisieren konnte, seine Legitimität wurde durch wirtschaftliche Ineffizienz und die Auflehnung der Bürger gegen die autoritären Tendenzen untergraben. Nach zehn Jahren HDZ-Regierung siegte die vereinigte Mitte-links-Opposition in den Parlamentswahlen im Januar 2000. Seitdem hat Kroatien große Fortschritte in der Entwicklung und Konsolidierung demokratischer Institutionen gemacht. Unterstützt wurde dieser Prozess vor allem durch die Anforderungen der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Wichtig war auch, dass sich die HDZ nach der Wahlniederlage politisch reformierte und unter Ivo Sanader eine proeuropäische politische Richtung einschlug.

Premierminister Tihomir Orešković

Das Ziel wurde im Juli 2013 erreicht, als Kroatien das 28. Mitglied der EU wurde. Der proeuropäische Konsens der politischen Eliten wurde jedoch nicht von den Bürgern geteilt, was sich im EU-Referendum zeigte: zwar stimmten 66,7 Prozent der Bürger für die EU-Mitgliedschaft Kroatiens, aber bei einer Beteiligung von nur 43,5 Prozent hatten eigentlich weniger als ein Drittel der registrierten Wähler den EU-Beitritt unterstützt. Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 wurde die Kluft zwischen Politikern und Bürgern immer tiefer, das Vertrauen in die Institutionen des politischen Systems erreichte einen Tiefpunkt während der Regierung von Jadranka Kosor, der Nachfolgerin von Ivo Sanader.

Nachdem die HDZ die Wahlen im Dezember 2011 verlor, wurde die Partei von Tomislav Karamarko übernommen. Karamarko war früher ein enger Mitarbeiter des Präsidenten Stjepan Mesić, der sein erstes Mandat mit der Kritik an Tuđman gewann. Später machte Karamarko Karriere als Chef der Geheimdienste und Innenminister unter Sanader. Als neuer HDZ-Vorsitzender vollzog er eine politische Kehrtwende und verkündete ein Programm der Rückkehr zur Politik Tuđmans, der Mobilisierung des kroatischen Nationalismus und einer illiberalen Ausrichtung des Staates. Damit ahmte er die Politik von Viktor Orban in Ungarn nach, wo nach 2010 das Erringen einer Zweidrittelmehrheit im Parlament durch die konservative FIDESZ dazu benutzt wurde, um die Verfassung und alle politischen Institutionen nach dem Modell eines – wie es Orban deklarierte – „illiberalen Staates" zu gestalten. Das besonders Besorgniserregende an dieser Entwicklung ist, dass die EU keine adäquaten Mechanismen besitzt, um auf solche Prozesse demokratischer Regression zu reagieren. Was Karamarko und die HDZ von der ungarischen Situation unterscheidet ist jedoch, dass sie keine eigene parlamentarische Mehrheit errungen haben, sondern eine fragile Koalition mit der neuen Partei Most, die zwar konservativ aber liberal-demokratisch und reformerisch ausgerichtet ist, eingehen mussten.

Ob Karamarkos Projekt einer „Orbanisierung" Kroatiens gelingt, hängt nun von dem Widerstand ab, den die Most und der parteilose Premierminister Orešković innerhalb der Regierungskoalition dagegen leisten, aber auch von Reaktionen der sozialdemokratischen Opposition und Zivilgesellschaft, letzlich auch davon, ob kroatische Bürger bereit sind, einer illiberalen Politik Legitimität zu verschaffen.

http://www.fes.hr

DIE NEUE KROATISCHE REGIERUNG HAT DIE IDEOLOGISCHEN GEGENSÄTZE IN DER GESELLSCHAFT VERTIEFT

Viel Rhetorik, wenig Inhalt

von Jelena Lovrić

Eine schwache und ziemlich ungereimte Regierung und eine ebenso schwache und mit sich selbst beschäftigte Opposition – das ist das politische Bild Kroatiens ein halbes Jahr nach den Parlamentswahlen, deren Ausgang ungewiss wie nie zuvor war und die schließlich für die Rechte und die Linke ein fast identisches Wahlergebnis hervorbrachten. Weder der rechte noch der linke Block, die jeweils mit Vorwahlkoalitionen antraten, war nach den Wahlen in der Lage, selbständig die Regierung zu bilden.

Ungewöhnliche Regierungsbildung

Nach mühseligen Verhandlungen gelang es der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ), eine Koalition mit der großen Wahlüberraschung – der neu formierten Wahlplattform Most (Brücke) – einzugehen. Die Most ist überwiegend aus erfolgreichen lokalen Eindringlingen in die Politik zusammengesetzt, die mit einer Antiparteienrhetorik stark aufgewachsen sind. Mit ihrer großen Verhandlungsmacht gelang es der Most, der HDZ die Forderung einer parteilosen Persönlichkeit als Premierminister abzuverlangen, und so wurde das Mandat zur Regierungsbildung Tihomir Orešković anvertraut, einem Kroaten aus Kanada, der Karriere als hoher Manager eines großen internationalen Pharmaunternehmens gemacht hatte und der nur mit Mühe die kroatische Sprache spricht. Das Resultat dieses Experiments sieht bisher trübselig aus: obwohl die neue Regierung angeblich in ihrem Fokus dringende wirtschaftliche Probleme hat, hat sich das Kreditrating Kroatiens nicht verbessert, während das politische Rating des Staates stark herabgesetzt wurde. Gemessen an wirtschaftlichen Indikatoren wird Kroatien heute oft mit Griechenland verglichen, während es gleichzeitig wegen einer politisch radikalisierten Regierung immer häufiger auf die gleiche Stufe mit dem illiberalen Ungarn und dem extrem klerikalisierten Polen gesetzt wird.

Wie konnte es soweit kommen?

Die neu gebildete Regierung hat eine Reihe von Konstruktionsfehlern oder zumindest von problematischen Schwachstellen. Erstens, der Premierminister hat keine aus den Wahlen hervorgehende Legitimität und keine eigenständige politische Kraft. Er nahm an den Wahlen nicht teil und ist vollständig von den Regierungsparteien abhängig. Zweitens, zwischen den beiden Schlüsselpartnern in der Regierung, der ideologisch aufgewühlten und zu extrem rechten Auffassungen neigenden HDZ und der deklarativ reformorientierten Most besteht eine tiefe Charakterdivergenz. Die Regierung deklarierte sich als reformorientiert, aber die HDZ ist auf die Durchführung einer antiliberalen Revolution fokussiert. Da der HDZ-Chef Tomislav Karamarko nicht Premierminister geworden ist, versucht er sein Defizit an Regierungsmacht durch Besetzung der Medien und Beherrschung des repressiven Apparats – der Polizei und der Geheimdienste – zu kompensieren. Drittens, Premierminister Orešković zeigt den Willen, aus der Rolle, die ihm zugeteilt wurde, herauszuwachsen. Er lehnt es ab, eine Marionette der HDZ zu sein, er baut seine eigene Agenda und Macht aus und hat einige autonome Schritte unternommen – zum Schrecken derjenigen, die ihn auf seinem Posten installiert haben. Er steht der Most näher als der HDZ. Gemeinsam versuchen sie, die radikalen Neigungen der HDZ an der Leine zu halten, zu kontrollieren und zu mäßigen.

Kroatien wird heute wirtschaftlich oft mit Griechenland verglichen, während es gleichzeitig wegen einer politisch radikalisierten Regierung auf die gleiche Stufe mit dem illiberalen Ungarn und dem extrem klerikalisierten Polen gesetzt wird

Die Regierungsarbeit ist zäh, weil sie durch innere Gegensätze auseinandergerissen wird. Entscheidungen werden nur schwer getroffen. Personalfragen werden nur mit Mühe geregelt. Die angekündigte Reformagenda ist immer noch nicht erkennbar. Diese Funktionsprobleme sind das Ergebnis der komplizierten Architektur der Macht und eines gewissen Machtgleichgewichts zwischen den beiden Teilen der Koalitionsregierung, die sich gegenseitig an der Gurgel packen, aber auch ihrer inneren politischen Diskrepanzen und Interessensgegensätze. Die Öffentlichkeit ist mit der Arbeit der Regierung unzufrieden, aber kritische Stimmen vernimmt man auch aus der Regierungskoalition selbst, wo manche sogar mit der Idee der Ausschreibung von Neuwahlen spielen. Die einen sind frustriert, weil die Regierung untätig ist, die anderen, weil sie nicht genug Macht erworben haben. So hat der HDZ-Chef und Vize-Premierminister Karamarko begonnen, Orešković den Arm auf den Rücken zu drehen: er erinnerte ihn öffentlich daran, dass er auf seinem Posten in der Regierung nur so lange bleiben kann, wie es dem Willen der HDZ entspricht.

Die beiden Vizepremierminister Božo Petrov (Most) und Tomislav Karamarko (HDZ) und Premierminister Tihomir Orešković

Aber der Premierminister zeigt sich nicht zum Rückzug bereit. Er zeigt eher die Ambition, sich selbständig politisch zu profilieren und seine eigenständige politische Position auszubauen – wahrscheinlich, weil er durch seine große Popularität in der Öffentlichkeit und bedeutende Unterstützung seitens mancher einflussreicher ausländischer Adressen ermuntert worden ist. In wenigen Monaten ist er von einer in der Öffentlichkeit völlig unbekannten Person zu einem, der mit der Staatspräsidentin um den Vorrang der Beliebtheit bei den Bürgern kämpft, geworden. Seine hohe Popularität sagt aber vielleicht mehr über die anderen Akteure auf der politischen Szene aus als über seine eigenen Qualitäten.

Angriff auf die Demokratie und den Antifaschismus

Auf die versprochenen Reformen muss man vorerst noch warten, aber dafür hat die neue Regierung mit voller Wucht regressive Prozesse angestoßen. Dem liberalen Teil der Öffentlichkeit hat sie den Kampf angesagt. Sie setzt Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten unter Druck. Sie spielte mit Ideen der Erstellung eines Registers der „nationalen Verräter" und einer nachträglichen Lustration. Sie verschärft das Verhältnis gegenüber ethnischen Minderheiten. Im öffentlichen Rundfunk und Fernsehen werden personelle Veränderungen großen Ausmaßes durchgeführt, die zu einer regelrechten Säuberung ausgeartet sind. Politische Satire wird vom Bildschirm verbannt. Der Kulturminister profiliert sich als General des Kulturkampfes und Geschichtsrevisionist im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg. Für ihn ist der Antifaschismus nur eine Floskel, die Zusammenarbeit mit Medien, die den Ustascha-Staat im Zweiten Weltkrieg glorifizieren, normal. Das Liebäugeln mit philofaschistischer Symbolik kann man in Kroatien als eine gewohnte Erscheinung betrachten. Auf den Fußballstadien erklingen fast regelmäßig Rufe „Für die Heimat bereit" – eine Entsprechung des deutschen „Sieg Heil".

Das Kreditrating Kroatiens hat sich nicht verbessert, während das politische Rating des Staates stark herabgesetzt wurde

Neu ist jedoch, dass solche immer häufigere Vorkommnisse nicht nur in Anwesenheit von Vertretern der Regierung, sondern auch mit ihrer Unterstützung geschehen. Geschichtliche Dunkelmänner scheinen Schirmherren an der Staatsspitze bekommen zu haben. Karamarko selbst hat die Gewohnheit, sich in Umarmung mit Liebhabern schwarzer Hemden fotografieren zu lassen. Er schlug auch seinerzeit vor, dass die Berufung auf den Antifaschismus aus der kroatischen Verfassung entfernt werde. Die Minister, die seinem Willen entsprechend ernannt wurden, relativieren die geschichtlichen Verdienste des Antifaschismus, nur um damit automatisch auch den verbrecherischen Charakter des auf Rassengesetzen gegründeten Unabhängigen Staates Kroatien (NDH) zu relativieren.

Kulturkampf von Rechts und die politische Opposition

Die Glorifizierung des Ustascha-Regimes wurde mittlerweile auch zum Thema ausländischer Medien. Der Offensive regressiver politischer Kräfte tritt immer mehr bürgerlicher Protest entgegen. Der Widerstand der Zivilgesellschaft ist für kroatische Umstände erstaunlich stark. Mehrere Tausend Kulturarbeiter – Schauspieler, Schriftsteller und andere – unterschrieben eine Petition, die den Rücktritt des Kulturministers fordert. Einige Tausend haben gegen programmatische Säuberungen im öffentlichen Rundfunk und

Vizepremierminister Tomislav Karamarko, Kulturminister Zlatko Hasanbegović (HDZ) und Premierminister Tihomir Orešković

Fernsehen protestiert. Einige Minister waren bei der Premiere eines Films anwesend, der Falsifikationen über das berüchtigte Ustascha-Konzentrationslager Jasenovac verbreitet, wonach dieses Lager nicht eine Todesfabrik des Ustascha-Regimes, sondern vielmehr nach dem Zweiten Weltkrieg ein Gulag von Titos Partisanen war. Daraufhin entschieden sich die Koordination jüdischer Gemeinden in Kroatien sowie serbische Organisationen die offizielle Gedenkfeier für die Opfer von Jasenovac im April 2016 zu boykottieren. Den Angriffen der HDZ auf das demokratische Kroatien wird gegenwärtig viel mehr Widerstand durch die neu entstandene unparteiliche Gegenfront als durch die institutionalisierte parlamentarische Opposition geleistet.

Der Offensive regressiver politischer Kräfte tritt immer mehr bürgerlicher Protest entgegen

Die stärkste Oppositionspartei, die Sozialdemokraten (SDP), die in den Wahlen ein um Haaresbreite schwächeres Ergebnis als die HDZ erzielte, zeigt sich stark an Worten, aber unentschlossen in ihren Aktionen. In der Zeit nach den Wahlen war die Partei hauptsächlich mit sich selbst und mit ihren innerparteilichen Auseinandersetzungen im Prozess der Wahl der Parteiführung beschäftigt. Am Ende wurde der vorherige Parteipräsident und früherer Premierminister Zoran Milanović, der die Partei bereits acht Jahre führt, erneut gewählt. Die SDP entschloss sich also für ein „Weiter so". Der skrupellose innerparteiliche Wahlkampf, der dieser Wiederwahl vorausging, wird wahrscheinlich Spuren innerhalb der Partei hinterlassen. Trotzdem spekuliert die SDP offen auf eine baldige Rückkehr an die Macht. Die Regierung ist schwach, die Macht ist attraktiv. Daher sind die Pläne der SDP höchst fraglich. Niemand wird freiwillig auf die Macht verzichten. Zoran Milanović verfolgt offenbar die Agenda, durch eine Umbildung der Koalitionen im Parlament ohne Neuwahlen zum Premierminister gewählt zu werden und damit wieder das Ruder der Regierung zu übernehmen.

Ein ähnliches Szenario malt sich auch Tomislav Karamarko aus, der mit anderen Partnern gern eine neue parlamentarische Mehrheit schmieden möchte, um damit den allzu selbständigen Premierminister Orešković und die zu anspruchsvolle Most los zu werden. Die Herren scheinen aber zu viel zu träumen. Keine dieser Kombinationen scheint Aussicht auf Erfolg zu haben: die Dinge werden vorerst so bleiben, wie sie sind.

Jelena Lovrić *ist Kolumnistin der Tageszeitung* Jutarnji list

Gegen ideologische Spaltung, für einen Reformkonsens

Interview mit Robert Podolnjak, Vizepräsident des kroatischen Sabor

Aus den Parlamentswahlen vom 8. November 2015 war die neue Gruppierung Most (kroatische für „die Brücke") überraschend stark hervorgegangen und hatte 19 von 151 Mandaten errungen. Ohne Most konnte keine der großen Vorwahlkoalitionen allein eine Regierung bilden. In den Koalitionsverhandlungen konnte Most eine ganze Reihe von Forderungen, darunter die Besetzung des Ministerpräsidentenamts mit einem parteilosen Experten, durchsetzen. In der Koalitionsregierung mit der HDZ-geführten „Patriotischen Koalition" möchte Most die treibende Kraft für Reformen in Kroatien sein. Robert Podolnjak (58) ist Jurist mit Erfahrungen in der Lokalpolitik; nach den Wahlen 2015 zog er erstmals in den Sabor, das kroatische Parlament, ein und wurde Mitglied der Most-Fraktion. Robert Podolnjak wurde zum Vizepräsidenten des kroatischen Parlaments gewählt.

Der Ministerpräsident Tihomir Orešković hat bisher die Erwartungen der Most erfüllt

Herr Podolnjak, wie beurteilen Sie das bisherige Funktionieren der Regierung?

> Das ist eine sehr spezifische Regierung, keine klassische Koalitionsregierung. Auf der einen Seite ist das Wahlbündnis der „Patriotischen Koalition" um die HDZ, auf der anderen die Most, die selbständig die Wahlen bestritten hat. Als eine Bedingung für die Regierungsbildung forderte Most, dass der Ministerpräsident parteilos sein sollte. Wir stellten diese Bedingung vor allem deswegen, weil wir überzeugt waren, dass die Führer der beiden stärksten Koalitionen um die HDZ und SDP das Vertrauen einer großen Mehrheit der Bürger nicht genießen. Deswegen waren wir der Meinung, dass ein parteiloser Ministerpräsident in diesem Moment die beste Lösung ist. Mit der Amtsübernahme durch Tihomir Orešković als Ministerpräsident wurde unsere Bedingung erfüllt. In der Regierung übernahm die Most die Ressorts, in denen wir bestimmte Reformversprechen, die wir vor und nach den Wahlen gegeben haben, am besten verwirklichen können. Also gerade die Ministerien, die wir übernommen haben (Inneres, Wirtschaft, Landwirtschaft, Justiz, Umwelt und Verwaltung) sollen der Most ermöglichen, die Reformen, die wir befürworten, zu verwirklichen.

Die Arbeit der Regierung

Was beinhaltet das Regierungsprogramm? Sind die programmatischen Vorstellungen der Most und der „Patriotischen Koalition" miteinander vereinbar?

> Ohne Zweifel gibt es Unterschiede zwischen den Programmen der Most und der HDZ. Deswegen müssen sie miteinander abgestimmt werden, ebenso die Fristen für die Durchführung bestimmter Reformen. Die Most wird vor allem auf Reformen der lokalen und regionalen Selbstverwaltung und der Justiz bestehen, auch auf Depolitisierung bestimmter Strukturen. Das bezieht sich vor allem auf die Wirtschaft und die Staatsunternehmen, aber auch auf Umweltschutz und Landwirtschaft, wo wir Kompetenz statt politischer „Eignung" verlangen werden. In diesen Bereichen werden wir bemüht sein, so viele Reformen wie möglich durchzuführen. Diese Reformen haben wir in der Vereinbarung mit der HDZ aufgelistet, damit sind sie auch von unserem Partner in der Regierung akzeptiert.

Die Most besteht vor allem auf Reformen der lokalen und regionalen Selbstverwaltung und der Justiz, sowie auf Depolitisierung bestimmter Strukturen in der Wirtschaft

Wie bewerten Sie die Arbeit des Ministerpräsidenten Tihomir Orešković?

> Der Ministerpräsident hat bisher die Erwartungen der Most erfüllt. Bevor wir ihn als Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten akzeptiert haben, führten wir ernsthafte Gespräche mit ihm und prüften seine Referenzen. Die Entscheidung, ihn als Kandidaten anzunehmen, wurde also nicht in wenigen Stunden getroffen, wie das manche darzustellen versuchen. Er bewährte sich vielmehr als jemand, der seine Vollmachten als Ministerpräsident voll ausschöpfen will. Was uns ebenfalls sehr wichtig war, ist die Betonung der wirtschaftspolitischen Dimension seiner Rolle, weil sie im vorherigen Mandat des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten vernachlässigt worden war. Hier erwarten wir also den größten Beitrag von Tihomir Orešković als Wirtschaftsxperten. Wir sind sehr zufrieden mit seinen bisherigen Schritten in diesem Bereich.

Wie wurden die Personalentscheidungen über die Zuteilung von bestimmten Ressorts getroffen? Sind Sie der Meinung, dass die Ernennung von Mijo Crnoja, der schon nach wenigen Tagen sein Amt als Veteranenminister niederlegen musste, ein Fehler war?

> Ich habe mich persönlich nicht an den Entscheidungen über Kandidaten für bestimmte Ressorts beteiligt. Die Koalitionspartner hatten ein Vetorecht auf Personalentscheidungen und viele Personen wurden in diesem Prozess abgewiesen. Aber es kam vor, dass bestimmte Informationen über einige Kandidaten für Ministerposten nicht bekannt waren. Deswegen war es möglich, dass es zu Fehlern kam und dass Personen ernannt wurden, für die es sich im Nachinein herausstellte, dass sie keine gute Lösung waren. Solche Fehler sollen so schnell wie möglich korrigiert werden. Ich bin der Meinung, dass die Ernennung von Mijo Crnoja zum Minister hätte vermieden werden sollen. Was die kontroverse Idee von Minister Crnoja über Aufstellung eines Registers von Volksverrätern angeht, so muss ich betonen, dass Most, sobald diese Idee vorgetragen wurde, sie für absolut inakzeptabel erklärte. Es war sofort klar, dass wir ein Gespräch zu diesem Thema nicht annehmen werden.

Ideologische Kontroversen

Wie kommentieren Sie die Ernennung von Zlatko Hasanbegović zum Kulturminister und seine ersten Schritte auf diesem Posten?

> Ich denke, dass jeder seiner Schritte in der Öffentlichkeit genau beobachtet wird. Seine Entscheidungen erregten Missbilligung und Widerspruch. Seine Aufgabe ist es nun zu zeigen, dass einige seiner umstrittenen Entscheidungen von der Öffentlichkeit als berechtigt angenommen werden können und dass er nicht gedenkt, den Kulturkampf, der in unserer Öffentlichkeit tobt, noch zu vertiefen. Er sollte zeigen, dass er konziliant wirken kann, dass er zur Minderung der Spannungen beitragen kann. Eine wesentliche Rolle des Ministers besteht darin, die Spaltungen und Kontroversen gerade im Bereich der Kultur bzw. in Debatten über die Geschichte zu reduzieren. Als Minister kann er hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Most ist mit dem Anspruch angetreten, die ideologischen Gegensätze zu überbrücken. Was können sie als Partei tun, um diese Spannungen und Kontroversen zu mindern?

> Leider ist es uns unmöglich, solche Debatten, die täglich aufflammen, zu dämpfen. Sogar im Sabor wird jeder Anlass genutzt, um ideologische Polemiken zwischen den Abgeordneten der HDZ und der SDP anzustoßen.

Als Partei will Most in keiner Weise dazu beitragen, dass Relativierungen des verbrecherischen Ustascha-Regimes in der Öffentlichkeit zum Vorschein kommen

Können Sie in diesem Zusammenhang den Vorfall kommentieren, als der Vizepräsident des Sabor Ivan Tepeš aus der Kroatischen Partei des Rechts Ante Starčević (HSP AS), an einer Protestkundgebung teilnahm, bei der Protestierende den Ustascha-Gruß „Für die Heimat bereit" skandierten? Schaden solche Situationen nicht dem Ansehen des Parlaments und tragen zur ideologischen Polarisierung bei?

> Hier ist die Einstellung der kroatischen Öffentlichkeit entscheidend. Ich kann die Handlungen eines anderen Vizepräsidenten des Sabor nicht kommentieren. Ich kann nur sagen, dass ich persönlich keine Parolen akzeptieren kann, die mit der Epoche der kroatischen Geschichte verbunden sind, die nicht in die Grundfeste des heutigen Kroatiens eingebaut sind. Die Grundlage des heutigen Kroatiens ist der Antifaschismus. Wir in der Most akzeptieren keine Relativierung des Ustascha-Regimes. Als Partei und als Einzelne wollen wir in keiner Weise dazu beitragen, dass Relativierungen des verbrecherischen Ustascha-Regimes in der Öffentlichkeit zum Vorschein kommen.

Reformziele der Regierung

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Ziele der Regierung? Auf welche Reformen legt Most einen besonderen Wert?

> Das wichtigste Ziel dieser Regierung ist die wirtschaftliche Erholung, das Erreichen einer wesentlich höheren Wachstumsrate, da diese in den letzten Jahren nicht ausreichend war. Ebenfalls wichtig ist die Reduzierung der Staatsverschuldung und die Senkung der Arbeitslosigkeit. Um diese Ziele zu verwirklichen, wollen wir Reformen in Angriff nehmen. An erster Stelle steht die Steigerung der Effizienz der gesamten Staatsverwaltung. Most legt auch großen Wert auf die Steigerung der Effizienz der lokalen und regionalen Selbstverwaltung. Unser Ziel ist ebenfalls die

Vizepräsident des Sabor Ivan Tepeš (HSP AS)

Verbesserung der Wirksamkeit der Justiz, wir wollen Fortschritte in der Qualität der Tätigkeit von Rechtssprechungsorganen erreichen, weil die Öffentlichkeit gegenwärtig damit nicht zufrieden ist. Schließlich hat Most die Ambition, in allen Ressorts, für die wir zuständig sind, wesentliche Verbesserungen zu erreichen. Das gilt für den Umweltschutz, wo Kroatien verpflichtet ist, die Vorschriften mit den europäischen Direktiven und dem gemeinschaftlichen Besitzstand zu vereinbaren. Ebenfalls wollen wir die Landwirtschaft, die jahrelang vernachlässigt wurde, stärken.

Welche Absichten hat Most in bezug auf die Verwaltungsreform, die territoriale Einteilung des Staates und die lokale und regionale Selbstverwaltung?

> Gegenwärtig werden Änderungen des Gesetzes über lokale Selbstverwaltung vorbereitet. In der ersten Phase wollen wir die lokale Selbstverwaltung effizienter machen, indem wir die übergroße Zahl der politischen Funktionäre reduzieren. Im Verhältnis zu seiner Bevölkerung hat Kroatien wahrscheinlich die meisten professionellen Politiker. Wir wollen auch die Zahl der Ratsangehörigen in den Stadt- und Gemeinderäten reduzieren. Weiterhin wollen wir erreichen, dass ein großer Teil der lokalen Funktionäre ihre Funktion ehrenamtlich und nicht hauptberuflich ausüben. Der Verwaltungsapparat in kleineren Gemeinden muss effizienter werden, indem Teile seiner Aufgaben von den Verwaltungen in den Städten und Gespanschaften geleistet werden. Als Vorbild nehmen wir Deutschland, wo nur größere Einheiten der lokalen Selbstverwaltung, also Städte, professionelle Bürgermeister und einen Verwaltungsapparat haben. Kleinere Lokaleinheiten würden vorerst bestehen bleiben, aber sie müssten viel kostengünstiger sein, d.h. ihre Aufgaben ohne politischen Apparat verrichten. Dieser Apparat kostet in einigen Lokaleinheiten bis zu 20 Prozent des Haushalts - wobei sie nicht einmal genug eigene Einnahmen haben, sondern von den Zuschüssen aus dem Staatshaushalt abhängen. Wir erwarten, dass wir bis Ende 2016 dieses Gesetz annehmen können.

Wir wollen die lokale Selbstverwaltung effizienter machen, indem wir die übergroße Zahl der politischen Funktionäre reduzieren

Im nächsten Jahr haben wir Lokalwahlen. Die Frist von einem Jahr ist zu kurz, um eine umfassende Territorialreform durchzuführen. Wir wollen aber noch in diesem Jahr mehrere Modelle der territorialen Rationalisierung lokaler Einheiten ausarbeiten, wobei wir verschiedene Kriterien kombinieren, z.B. Einwohnerzahl und Entwicklungsniveau. Nach diesen Kriterien würden wir einschätzen,

welche von den gegenwärtigen Gemeinden bestehen bleiben können. Nachdem wir diese Modelle ausgearbeitet haben, werden wir sie in der öffentlichen Debatte vorstellen. In dieser Debatte sollte sich dann herauskristalisieren, welches Modell den Bürgern am akzeptabelsten ist. Erst nach diesem Schritt würden wir uns den Gespanschaften als regionalen Einheiten zuwenden. In diesem Moment gibt es in Kroatien keinen Konsens über die Reorganisation der Gespanschaften.

Wie will Most eine politische Einigung über die Reform der lokalen Selbstverwaltung und der territorialen Verfasstheit Kroatiens erreichen?

> Uns ist klar, dass Most mit ihren 15 Abgeordneten im Sabor niemanden überstimmen kann. Wir können nur bestimmte Themen auf die Tagesordnung setzen und dann versuchen, die Öffentlichkeit mit Argumenten auf unsere Seite zu ziehen. Wir glauben, dass dadurch eine Mehrheit im Parlament für die Reformen zustande kommt. Die Reform wird im ersten Moment nicht umfassend und radikal sein, aber wir können Schritte in die richtige Richtung unternehmen. Das kann man nicht in ein oder zwei Monaten erreichen. Das reguläre Gesetzgebungsverfahren braucht acht, zehn oder sogar zwölf Monate. In dieser Frist erwarten wir, dass erste ernsthafte Reformen verabschiedet werden.

Wir sind überzeugt, dass es notwendig ist, in den Verfassungs- und Gesetzesrahmen für die Wahlen und Referenden zu intervenieren

Setzen Sie sich auch für eine Änderung des Wahlgesetzes und der Verfahren für Referenden ein?

> Wir sind überzeugt, dass es notwendig ist, in den Verfassungs- und Gesetzesrahmen für die Wahlen und Referenden zu intervenieren. Wir möchten diese Problematik in einer bestimmten Reihenfolge angehen. Die Priorität ist zunächst, die neuen Verfassungsrichter zu wählen, die im Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit bestätigt werden müssen. Danach möchten wir bestimmte Änderungen des Verfassungsgesetzes über das Verfassungsgericht initiieren. Erst dann, wenn sich im Sabor zeigt, dass eine geforderte Zweidrittelmehrheit zustande kommt, würden wir Verfassungsänderungen hinsichtlich des Referendums, der Regierungsbildung und auch des Verfahrens der Wahl der Verfassungsrichter vornehmen. Wir hoffen, dass über diese Fragen Konsens hergestellt werden kann.

Fragestunde der neuen Regierung im Sabor

Soll das Gesetz über den Kroatischen Rundfunk und Fernsehen (HRT) geändert werden? Das jetzige Gesetz stellt Entscheidungen über HRT den politischen Mehrheiten im Sabor zur Disposition.

> In den Verhandlungen über die Regierungsbildung war der Standpunkt der Most, dass der Direktor des HRT durch eine Zweidrittelmehrheit im Sabor gewählt werden soll. Das sollte eine Person sein, über die eine politische Einigung der Mehrheit und der Opposition im Parlament erreicht werden kann.

Was ist Ihre Auffassung zur Schulreform, die von der vorherigen Regierung begonnen wurde? Soll die Reform weitergehen?

> Ich bin kein Experte auf diesem Gebiet, aber ich meine, dass alles Gute, was im vorherigen Regierungsmandat begonnen wurde, fortgesetzt werden soll. Es ist nicht gut, wenn jede neue Regierung den Reformprozess wieder von vorne beginnt. Alles was in der Reform des Bildungssystems gut ist und worüber Konsens erreicht werden kann, sollte auch im Mandat unserer Regierung fortgesetzt werden.

Die Zukunft der Most

Sind Sie als Vizepräsident des Sabor zufrieden mit dem Funktionieren des Parlaments?

> Was ich in den wenigen Monaten der neuen Legislaturperiode an der Arbeit des Sabor beobachten konnte, legt nahe, dass bestimmte Veränderungen notwendig sind. Das bezieht sich zunächst auf die Arbeit der Abgeordneten. Wir sind in der Most der Meinung, dass man gesetzlich und durch die parlamentarische Geschäftsordnung vorschreiben muss, dass Abgeordnete an den Plenar- und Ausschusssitzungen teilnehmen und ernsthaft im Sabor arbeiten müssen. Hier brauchen wir nicht das Rad neu zu erfinden: wir können die Verpflichtungen der Abgeordneten nach dem Vorbild des Deutschen Bundestags regulieren, wo die Pflichten der Abgeordneten genau vorgeschrieben sind und es Sanktionen für ihre Nichterfüllung gibt. Zweitens, gegenwärtig sind die Plenardebatten im Sabor nicht gut reguliert. Diese Debatten sind zu lang und ermüdend, sie dienen politischen Zänkereien zwischen den Fraktionen. Man kann diese Debatten durch die Geschäftsordnung einschränken, nur einzelne Abgeordnete sollten das Recht haben, im Namen der Fraktionen an der Debatte teilzunehmen. Die parlamentarische Arbeit sollte in die Ausschüsse verlagert werden, wo es leichter ist, konstruktive Diskussionen zu führen und eine Einigung zwischen der Mehrheit und der Opposition zu erreichen. Das ist die übliche Arbeitsweise in modernen Parlamenten.

Wie sehen Sie die Zukunft der Most? Meinen Sie, dass sich Most als eine Innovation in der kroatischen Politik in eine reguläre Partei transformieren wird?

> Wir glauben, dass Most als politische Option in der kroatischen Politik bestehen bleiben wird und dass wir genug Zeit haben werden, um in der Regierung und im Parlament zu zeigen, dass wir ein ernstzunehmender Akteur sind, der Reformen durchführen will und Resultate erreichen kann. Ich hoffe, dass die kroatische Öffentlichkeit das erkennen wird. Most ist als politische Partei registriert, aber wir haben bisher nicht die übliche Struktur einer Partei geschaffen: es gibt keinen Vorstand, Hauptausschuss, es gibt keine Ortsvereine, Parteihierarchie und andere übliche Mechanismen, die es in anderen Parteien gibt. Bisher betrachteten wir das auch als einen Vorteil von Most. Aber je länger wir tätig sind, desto stärker spüren wir die Notwendigkeit, festere Strukturen zu schaffen, um programmatische Debatten, Entscheidungsfindung und –umsetzung sowie andere Aktivitäten zu organisieren.

*Das Interview wurde am 15. April von **Nenad Zakošek** geführt.*

Die Wähler der Most

von Goran Čular

Die Ungewissheit hinsichtlich der Bildung und des Funktionierens der Regierung nach den kroatischen Parlamentswahlen im November 2015 verdrängte Fragen, was eigentlich innerhalb des Wahlkörpers passiert war und welche Veränderungen den Ausgang der Wahlen entschieden hatten. So fehlt bis heute eine Analyse des Wahlerfolgs der neu gegründeten Partei Most, die mit knapp 14 Prozent der Stimmen auf nationaler Ebene wesentliche politische Veränderungen herbeigeführt hat und nun zur dritten politischen Kraft im Parteiensystem geworden ist. Was ist innerhalb des bisher verhältnismäßig stabilen kroatischen Wahlkörpers geschehen? Wer sind die Wähler von Most?

Wen haben die Most-Wähler früher gewählt?

Die Fakultät für Politikwissenschaften aus Zagreb hatte im Monat nach den Wahlen, im Dezember 2015, eine repräsentative Meinungsumfrage mit 1000 Befragten durchführen lassen, die uns Antworten geben kann. Die Bilder 1, 2 und 3 zeigen die Struktur der Wähler von Most nach ihrem Wahlverhalten in den vorherigen Wahlen. Daraus ist ersichtlich, dass die Wähler von Most mehrheitlich (zu 60 Prozent) entweder gar nicht an den Wahlen 2011 teilgenommen hatten, sich nicht mehr an ihre Präferenzen erinnern konnten oder für eine dritte Option jenseits der zwei führenden politischen Blöcke gestimmt hatten. Sie zeigen auch, dass die ehemaligen Wähler der SDP-angeführten „Kukuriku-Koalition“ in der Struktur der Most-Wähler wesentlich stärker vertreten sind als die ehemaligen Wähler der HDZ. Der Blick auf die Präsidentschaftswahlen zeigt jedoch ein anderes Bild.

Die Most-Wähler sind überwiegend parteipolitisch nicht gebunden und außerordentlich volatil, sie ändern leicht ihre Wahlpräferenz

Die Zahl der Wähler, die sich an ihre Wahlpräferenz nicht mehr erinnern können, ist wesentlich geringer geworden, außerdem haben die Wähler von Most überdurchschnittlich häufig in beiden Wahlgängen für die HDZ-Kandidatin Kolinda Grabar Kitarović gestimmt. Dieses Abstimmungsverhalten kann damit erklärt werden, dass die Most-Wähler überwiegend parteipolitisch nicht gebunden und außerordentlich volatil sind: im Vergleich zu den Wählern der beiden großen Koalitionen zeigen sie zweimal geringere Identifizierung mit einer Partei, 30 Prozent von ihnen identifizieren sich immer noch mit der HDZ oder der SDP, nur 11 Prozent der Most-Wähler gegenüber 65 Prozent der Wähler der „Patriotischen Koalition“ und 46 Prozent der Wähler der Koalition „Kroatien wächst“ (SDP und Partner) stimmten vorher immer für die gleiche Partei, nur ein Viertel von ihnen stimmte für die gleiche Partei in den Wahlen auf lokaler und nationaler Ebene.

Demografische Stuktur der Wähler

Demografisch gesehen spiegelt der Erfolg von Most teilweise die Veränderungen der Generationen innerhalb des kroatischen Wahlkörpers wider. Die Most-Wähler sind durchschnittlich viel jünger (43,7 Jahre) als die Wähler der beiden großen Koalitionen: Das Durchschnittsalter der Wähler der „Patriotischen Koalition“ ist 51,3 Jahre und der Wähler der Koalition „Kroatien wächst“ 52,1 Jahre. In der jüngsten Alterskohorte (Wähler im Alter von 18 bis 32 Jahre) haben alle drei politische Optionen („Patriotische Koalition“, „Kroatien wächst“ und Most) ungefähr die gleiche Anzahl an Stimmen erhalten. Da die Wähler von Živi zid und OraH noch jünger sind (siehe Bild 4), könnte man schließen, dass verschiedene Varianten der Protestpolitik in Kroatien vor allem für die jüngere Generation typisch sind. Während noch vor 15 Jahren, in den Wahlen im Jahr 2000, als zum letzten Mal eine große Veränderung im Parteiensystem geschah, die jüngste Alterskohorte ihre Stimme den etablierten Oppositionsparteien gab, entschieden sich die Jugendlichen in den Wahlen 2015 für Wahloptionen außerhalb der bestehenden großen Parteien. Gleichzeitig werden HDZ und SDP dem Profil ihrer Wähler nach demografisch alte Parteien. Obwohl

Bild 1:
Wahlentscheidungen der Most-Wähler 2015 in den Parlamentswahlen 2011

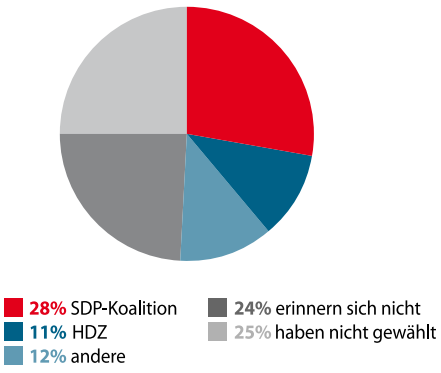


Bild 2:
Wahlentscheidungen der Most-Wähler 2015 in den Präsidentschaftswahlen 2014, ERSTER WAHLGANG

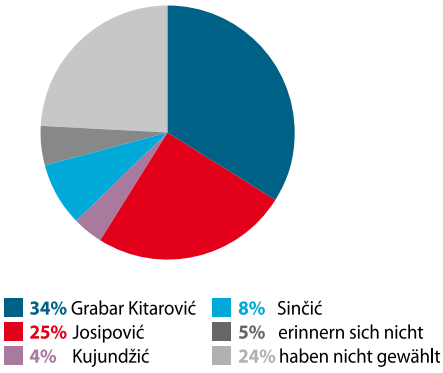
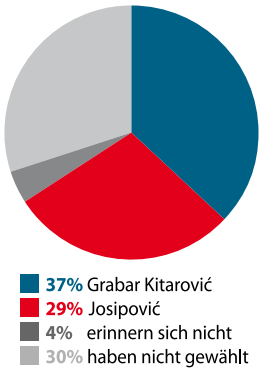


Bild 3:
Wahlentscheidungen der Most-Wähler 2015 in den Präsidentschaftswahlen 2014, ZWEITER WAHLGANG



Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsvertretern und Regierungsministern, angeführt durch Vizepremierminister Božo Petrov

beide Parteien schon immer – außer im Falle der SDP in den Wahlen 2000 – etwas ältere Wähler als der kroatische Durchschnitt hatten, war der Altersunterschied noch nie so groß wie in den letzten Wahlen. Die Hälfte der Wähler der Koalition „Kroatien wächst" ist älter als 55 Jahre, jener der „Patriotischen Koalition" ist älter als 54.

Die Most-Wähler sind durchschnittlich viel jünger als die Wähler der beiden großen Koalitionen

Wertorientierungen der Wähler

In Kroatien war die Wählerpräferenz für bestimmte Parteien stets mit der Intensität von religiösen Überzeugungen verbunden: die überzeugten katholischen Gläubigen wählten rechte politische Optionen, Atheisten linke. Etwas Ähnliches war auch in den Wahlen 2015 sichtbar (siehe Bild 5), wobei die Most-Wähler genau in der Mitte zwischen der rechten und linken Koalition positioniert waren und ungefähr der Struktur des gesamten Wahlkörpers entsprachen. Dabei ist sichtbar, dass Most-Wähler doch den Wählern der linken Koalition „Kroatien wächst" näher standen. Dieser Befund wird durch ihre Auffassungen auf den Skalen des Konservatismus, Konformismus und sozialen Autoritarismus zusätzlich bestätigt, ebenso durch ihre Auffassungen über das Abtreibungsverbot und den Religionsunterricht in öffentlichen Schulen: immer stehen die Most-Wähler den Wählern der Koalition „Kroatien wächst" näher als jenen der „Patriotischen Koalition".

Da in Kroatien nicht die Auffassungen über das Verhältnis von Staat und Markt sondern gerade die „kulturelle" Dimension der Auffassungen die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala dominiert, ist auch verständlich, dass Wähler der drei politischen Optionen erwartungsgemäß klare Positionen innerhalb des Links-Rechts-Kontinuums einnehmen (siehe Bild 6). Diese Links-Rechts-Aufteilung ist in der ideologischen und weltanschaulichen Identifizierung der Wähler verankert. So sagen 53 Prozent der Wähler der „Patriotischen Koalition", dass sie zu einer christlich-demokratischen Weltanschauung gehören, während sich weitere 13 und 12 Prozent mit der nationalistischen bzw. konservativen Ideologie identifizieren. Innerhalb der Koalition „Kroatien wächst" identifizieren sich 60 Prozent der Wähler als Sozialdemokraten und weitere 16 Prozent als Liberale.

Fast ein Drittel der Most-Wähler geben Liberalismus als ihre ideologische Orientierung an und etwa jeweils ein Viertel identifizieren sich mit christlicher Demokratie und Sozialdemokratie

Die Wähler von Most ordnen sich ideologisch innerhalb sehr unterschiedlicher Weltanschauungen ein, wodurch teilweise die ideologische Grundlage für ihre eindeutige Positionierung im politischen Zentrum auf der Links-Rechts-Skala relativiert wird. Obwohl sie sich am häufigsten mit dem Liberalismus identifizieren (31 Prozent), definiert sich ein bedeutender Teil von ihnen als Christdemokraten (26 Prozent) und Sozialdemokraten (24 Prozent). Es scheint, dass die Positionierung der Most-Wähler im politischen Zentrum mehr durch die Tatsache beeinflusst wird, dass sie gleich negative Einstellungen gegenüber den beiden großen Parteien und ihren Vorsitzenden haben, als auch dass sie sich nicht in politische Einteilungen einordnen lassen, die auf dem Verhältnis zu historischen Epochen und Persönlichkeiten (vor allem der Epoche des Zweiten Weltkriegs) begründet sind.

Bild 4: Altersstruktur der Wähler in den Parlamentswahlen 2015

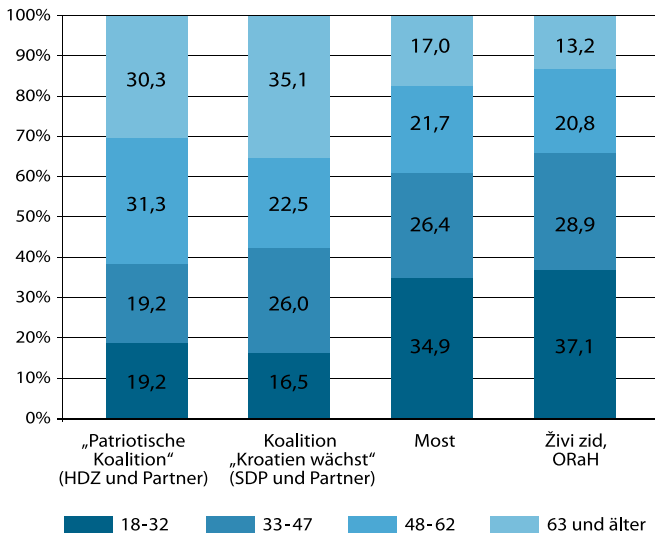


Bild 5: Wähler in den Parlamentswahlen 2015 nach ihrer Einstellung zur Religion

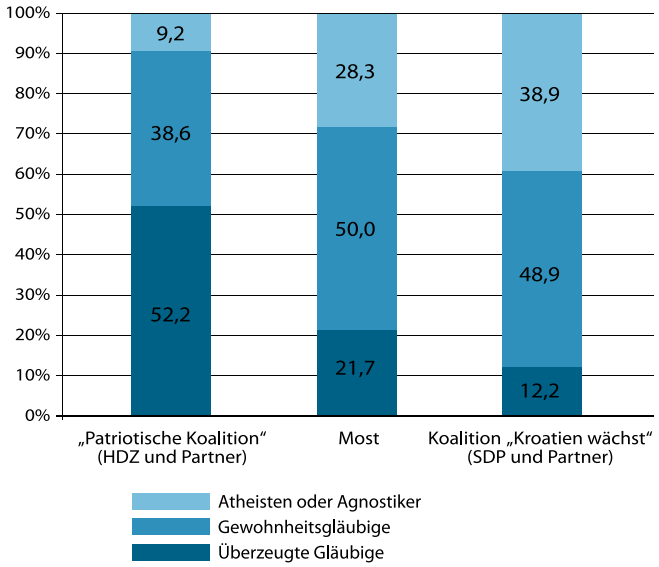
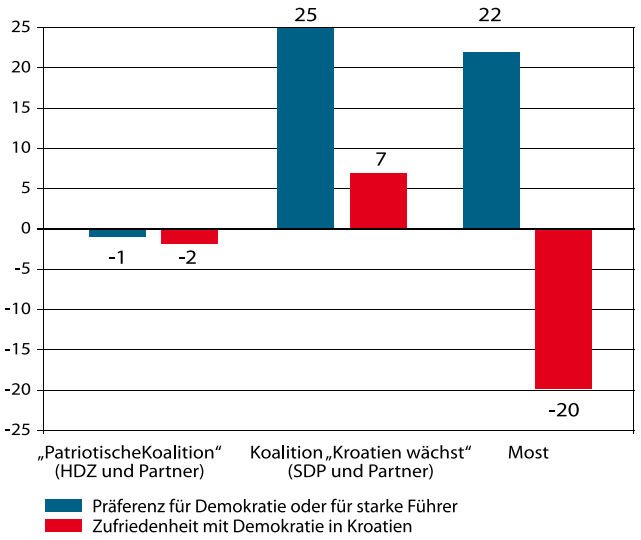


Bild 7: Normative Unterstützung für Demokratie und Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Kroatien



Anmerkung: Die Zahlen beziehen sich in der blauen Säule auf die Differenz zwischen dem Prozentanteil von Befragten, die der Demokratie Vorrang geben, und jenen, die starke Führer präferieren, und in der roten Säule auf die Differenz zwischen dem Anteil der Befragten, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Kroatien zufrieden sind, und jener, die unzufrieden sind.

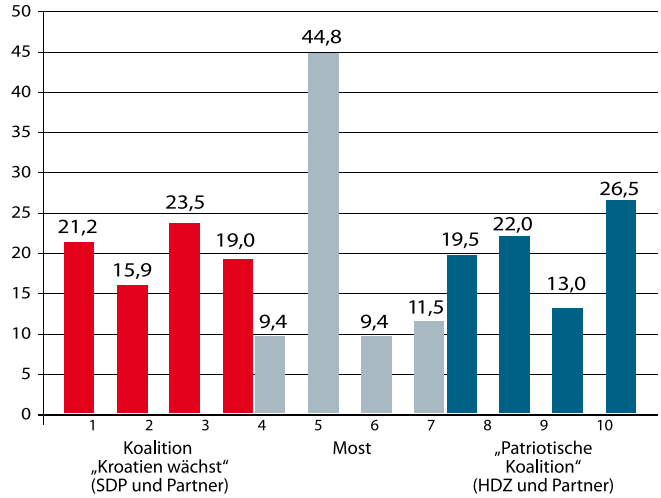
Die Wähler der Most und die Demokratie in Kroatien

Schließlich ist die Frage wichtig, wie anfällig die Most-Wähler für populistische und autoritäre Forderungen sind, die die normative Unterstützung für die Demokratie gefährden könnten. Dabei ist zu bedenken, dass diese Wähler durch eine organisatorisch schwach entwickelte Netzwerk-Partei von lokalen Politikern mobilisiert wurden, dass sie durch existierende Parteien nicht gebunden sind und sehr niedriges Vertrauen in repräsentative und administrative Institutionen zeigen. Das Bild 7 zeigt, dass die Wähler der drei stärksten politischen Optionen in den Wahlen 2015 spezifische Kombinationen des grundsätzlichen und konkreten Verhältnisses zur Demokratie aufweisen. Unter den Wählern der „Patriotischen Koalition“ ist die Unterstützung für Demokratie und für starke politische Führer ungefähr gleich ausgeprägt, ebenfalls besteht ein Gleichgewicht derjenigen, die mit dem konkreten Funktionieren der demokratischen Institutionen zufrieden und unzufrieden sind. Die Wähler der Koalition „Kroatien wächst“ sind viel stärker grundsätzlich zugunsten der Demokratie eingestellt und zeigen eine moderate Zufriedenheiten mit dem Funktionieren der Demokratie in Kroatien. Die Most-Wähler sind in ihrer normativen Unterstützung für Demokratie den Wählern der Koalition „Kroatien wächst“ ähnlich, zeigen aber gleichzeitig – im Gegensatz zu Wählern der beiden großen Koalitionen – eine ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie Demokratie in Kroatien funktioniert. Dieser letzere Befund zeigt, dass die Wähler, die diese Veränderungen im kroatischen Parteiensystem ausgelöst haben, für autoritäre und populistische Forderungen nicht besonders empfänglich sind, sondern eher als „unzufriedene Demokraten“ zu bezeichnen sind.

Die Wähler der Most sind mehrheitlich demokratisch und nicht autoritär ausgerichtet, zeigen aber gleichzeitig eine ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie Demokratie in Kroatien funktioniert

Die Zukunft wird zeigen, wie die Wähler der Most die Koalition ihrer Partei mit der HDZ und die Leistungen dieser Koalitionsregierung beurteilen werden. Aus ihrem politischen und ideologischen Profil geht aber klar hervor, dass sie im Falle, dass die Most ihre Erwartungen nicht erfüllt, dieser Partei nicht treu bleiben sondern bei den nächsten Wahlen wahrscheinlich eine andere politische Option der Mitte unterstützen werden.

Bild 6: Wähler in den Parlamentswahlen 2015 nach ihrer Selbstplatzierung auf der Links-Rechts-Skala



Anmerkung: Die Zahlen beziehen sich auf Selbstplatzierung der Befragten auf einer Links-Rechts-Skala, wobei 1 die extrem linke und 10 extrem rechte Position bezeichnet. Die angezeigten Prozentsätze geben die vier häufigsten Antworten der jeweiligen Wahloption. Dadurch sind ca. 75% der Most-Wähler und ca. 80% der Wähler der beiden Koalitionen umfasst.

Goran Čular *ist Dozent and der Fakultät für Politikwissenschaft in Zagreb*

DIE REGIERUNG VON TIHOMIR ORE̊ŠKOVIĆ MACHT SICH DIE SANIERUNG DER STAATSFINANZEN ZUR PRIORITÄT

Hauptprobleme des Haushalts bleiben ungelöst

von Anto Bajo

Am 21. März wurde der Staatshaushalt für das Jahr 2016 im kroatischen Sabor verabschiedet. Die gesamten konsolidierten Ausgaben des Zentralstaats werden in diesem Jahr auf dem Niveau von 43 Prozent des BIP bleiben und werden dann allmählich bis 2018 auf 40 Prozent des BIP reduziert. Die Einnahmen werden zwischen 2016 und 2018 nicht erheblich wachsen und bleiben auf dem Niveau von 40 Prozent des BIP (siehe Bild 1).

Absenkung des Haushaltsdefizits auf unter 3 Prozent

Das Defizit des Haushalts des Gesamtstaates soll 2016 nach Plänen der Regierung 2,7% des BIP betragen. Im Mandat der vorherigen Regierung betrug das Defizit in jedem Jahr zwischen 2012 und 2014 mehr als 5 Prozent des BIP, und nur im vorigen Jahr fiel es auf 3,2 Prozent – was wesentlich niedriger als die geplanten 3,8 Prozent war. Bis 2018 wird eine Absenkung des Haushaltsdefizits des Gesamtstaates auf 1,7 Prozent des BIP erwartet. Dieses Ziel kann erreicht werden, hauptsächlich wegen des 2-prozentigen Wachstums des BIP in 2015 und des erwarteten Wachstums von 2,5 Prozent jährlich in den nachfolgenden drei Jahren. Die Erfüllung der optimistischen Erwartungen der Regierung hinsichtlich der Senkung des Defizits wird in großem Maße von der wirtschaftlichen Erholung der europäischen Staaten (insbesondere der wichtigsten kroatischen Handelspartner, allen voran Italien und Deutschland), der Refinanzierung von Kreditschulden und schließlich der Restrukturierung von staatlichen Unternehmen abhängen.

Bis 2018 wird eine Absenkung des Haushaltsdefizits des Gesamtstaates auf 1,7 Prozent des BIP erwartet

Im Jahr 2016 und den nachfolgenden Jahren wird das Haushaltsdefizit hauptsächlich durch öffentliche Entitäten generiert, die nicht im engeren Sinne durch den Staatshaushalt umfasst sind: also Institutionen im Gesundheitssystem sowie die Autobahnverwaltung (Hrvatske autoceste, HAC) und die Wasserbetriebe (Hrvatske vode), die beide öffentliche Unternehmen sind (siehe Bild 2). Eine Gefahr für den Anstieg des Defizits sind Zahlungsrückstände in Höhe von 5,7 Mrd. Kuna – 2,1 Mrd. sind Schulden der durch den Staatshaushalt umfassten Subjekte (des Gesundheits- und Wirtschaftsministeriums sowie des Ministeriums für Seefahrt, Verkehr und Infrastruktur) und 3,6 Mrd. sind Schulden der Subjekte, die nicht durch den Haushalt erfasst sind (davon rd. 500 Mio. Kuna der Kroatischen Krankenversicherungsanstalt, HZZO, und rd. 3 Mrd. Kuna der Unternehmen im Portfolio des Zentrums für Restrukturierung und Privatisierung, CERP).

Kein Schuldenabbau ohne Wachstum

Ende 2015 betrug die Staatsschuld 86,9 Prozent des BIP (290 Mrd. Kuna), und für 2016 ist geplant, dass die Schuld auf gleichem Niveau bleibt. Erst Ende 2018 ist geplant, dass die Schuld auf 84,7 Prozent des BIP reduziert wird. Ein potenzielles Problem ist das hohe Niveau der Finanz- und Leistungsgarantien. Der jährliche Wert neuer Finanzgarantien für 2016 beträgt 6 Mrd. Kuna, das ist der höchste Wert dieser Garantien seit 2008 (als sie 7,4 Mrd. Kuna betrugen). Sage und schreibe 2,5 Mrd. Kuna der Finanzgarantien entfallen auf die nicht im Haushalt erfassten Subjekte – vor allem auf die Autobahnverwaltung (HAC) und die Kroatische Straßeninstandhaltungsbehörde (Hrvatske ceste, HC). Es gibt keine Limitierung der Höhe der Leistungsgarantien, so dass der Staat diese Garantien weiterhin für die kroatische Werftindustrie leisten könnte.

Auch die Ausgaben für Zinsen werden ansteigen. Im Jahr 2016 bleibt die Höhe der Ausgaben für Zinsen im Vergleich zum Plan für das Jahr 2015 gleich, nämlich 11,1 Mrd. Kuna. Im Jahr 2017 erwartet man, dass sie um 600 Mio. Kuna auf 11,7 Mrd. Kuna ansteigen und im Jahr 2018 sogar auf 12,1 Mrd. Kuna. Der Staat wird sich weiterhin an den Finanzmärkten finanzieren, so dass die Schuld nominell wachsen wird. Eine potenzielle relative Senkung der Verschuldung kann nur als Folge des Wachstums des BIP um mehr als 2 Prozent jährlich zustande kommen. Der erwartete Anstieg der Ausgaben für Zinsen ist eine unmittelbare Folge des Anstiegs der gesamten öffentlichen Verschuldung in den sieben Jahren der Wirtschaftskrise, als auch der Übernahme eines Teils des Schuldendienstes der Handelsgesellschaften im staatlichen Eigentum.

Ausgleich des Haushalts nur durch Neuverschuldung und Privatisierungseinnahmen

Die Ausgaben für die Rückzahlung des Schuldengrundbetrags verändern sich von Jahr zu Jahr, im Jahr 2016 betragen sie 19 Mrd. Kuna und steigen 2017 sogar auf 29 Mrd. Kuna an. Diese Variabilität der Schuldenrückzahlung deutet darauf hin, dass die Regierung und der Internationale Währungsfonds so bald wie möglich eine Strategie der Steuerung der öffentlichen Schuld ausarbeiten und ein Plan der Verschuldung für die Jahre 2016 und 2017 vorstellen müssen. Der Staat wird weiterhin eine hohe Neuverschuldung aufnehmen und die Einnahmen aus dieser Quelle werden eben-

Finanzminister Zdravko Marić (HDZ)

Tabelle 1: Ausgleich des Staatsaushalts (in Mrd. Kuna)

	2014	2015 (Plan)	2016 (Plan)	2017 (Projektion)	2018 (Projektion)
Einnahmen aus Finanzeigentum und Verschuldung	35,1	29,2	25,7	36,2	25,2
Ausgaben für Finanzeigentum und Rückzahlung der Kredite	27,1	25,7	19,4	29,0	18,6
Übertragung der Deposite aus dem Vorjahr	6,2	11,2	5,5	0,0	0,0
Geplante Übertragung der Deposite in das nächste Jahr	-1,3	-2,1	-4,3	0,0	0,0
Netto Finanzierung	12,8	12,5	7,5	7,2	6,6
Überschuss/Defizit + Netto Finanzierung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

falls entsprechend dem Schuldendienst variieren: 2016 werden sie 19,4 Mrd. Kuna und 2017 29 Mrd. Kuna betragen. Die neue Regierung, ebenso wie die vorherige, benutzt die Depositmittel (das sind hauptsächlich Einnahmen aus Verschuldung im vorigen Jahr), um die fällige Schuld zurückzuzahlen.

Im Zeitraum von 2016 bis 2018 erwartet die Regierung größere Einnahmen (etwa 1,6 Mrd. Kuna jährlich) aus dem Verkauf von Aktien und Anteilen von Unternehmen, bei denen der Staat Mehrheitseigentümer ist, wodurch das Defizit finanziert aber auch der Haushalt ausgeglichen werden soll. Nach 2007 werden das die größten jährlichen Einnahmen aus Privatisierung sein (siehe Tabelle 1).

Ausgaben: Beschränkung der Gehälter, hohe Subventionen

Im Jahr 2016 sind Gesamtausgaben des Staatshaushalts von 122,4 Mrd. Kuna geplant, was um 1,7 Mrd. Kuna mehr ist als im Plan für das Jahr 2015. Allerdings ist dieser Anstieg hauptsächlich eine Folge von höheren Ausgaben, die durch EU Mittel sowie durch Eigen- und Zweckeinnahmen der durch den Staatshaushalt umfassten Subjekte (insgesamt sogar 3,8 Mrd. Kuna) finanziert werden. Die Ausgaben für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen nicht ansteigen, weil Lohnzuwachs und Neubeschäftigungen nicht eingeplant sind. Der Anstieg der Ausgaben für soziale Leistungen (Renten) wird hauptsächlich eine Folge der größeren Zahl der Leistungsempfänger sein. Wegen hoher Ausgaben für Subventionen muss Kroatien die Restrukturierung und Privatisierung des Staatseigentums fortsetzen. Im Haushaltsplan für 2016 betragen die Ausgaben für Subventionen 6,1 Mrd. Kuna (1,9 Prozent des BIP). Die größten Subventionen werden der Landwirtschaft, den Kroatischen Eisenbahnen und der Werftindustrie gewährt, gemäß den durch Restrukturierungspläne definierten Verpflichtungen. Für Hilfen und Beiträge im Ausland sowie im Rahmen des Gesamtstaates sind 2016 Ausgaben in Höhe von 13,7 Mrd. Kuna geplant, darunter auch Staatshilfen für öffentliche Unternehmen im Bereich des Eisenbahnverkehrs. In dieser Rubrik sind ebenfalls Kroatiens Beiträge für das Budget der EU enthalten, die 2016 in Höhe von 3,5 Mrd. Kuna geplant sind.

Gouverneur der Kroatischen Nationalbank Boris Vujčić

Steigende Einnahmen erwartet

Im laufenden Jahr 2016 sind Gesamteinnahmen in Höhe von 114,9 Mrd. Kuna geplant, und die Projektion für 2017 beträgt 117,7 Mrd. Kuna und für 2018 123,5 Mrd. Kuna. Dieser Anstieg basiert auf Erwartungen des Wirtschaftswachstums, wodurch der Verbrauch und damit die Einnahmen aus Mehrwert- und Verbrauchssteuer ebenfalls wachsen sollen. Es wird mit Einnahmen aus Mehrwert- und Verbrauchssteuer von 60 Mrd. Kuna gerechnet. Die Veränderungen der Einkommenssteuer, die von der vorherigen Regierung 2015 eingeführt worden waren, werden sich auch 2016 auf die Einnahmen aus dieser Quelle auswirken. Das gleiche gilt für das Wachstum der Einnahmen aus Verbrauchssteuern auf Energiequellen, elektrischen Strom und Tabak. Es wird ebenfalls ein geringer Anstieg der Einnahmen aus der Gewinnsteuer erwartet. Dabei sollte daran erinnert werden, dass die Beiträge für die Krankenversicherung seit dem 1. Januar 2015 nicht mehr direkt in den Haushalt fließen, sondern Einnahmen der Kroatischen Krankenversicherungsanstalt (HZZO), also außerhalb des Haushalts sind.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden 2016 im Vergleich zu 2015 fallen, weil im Vorjahr 1,3 Mrd. Kuna aus der zweiten Säule des Rentensystems in die erste Säule übertragen (für versicherte Personen mit begünstigter Beitragszeit) worden waren. In der Struktur der Gesamteinnahmen in der betrachteten Zeit werden ebenfalls die Einnahmen aus EU-Quellen deutlich ansteigen: 2016 betragen sie planmäßig 9,7 Mrd. Kuna, 2017 10,3 Mrd. Kuna und 2018 sogar 13,6 Mrd. Kuna. Die Einnahmen aus Eigentum (Zinsen, Gewinne der Staatsunternehmen, Dividenden, Konzessionen, Miet- und Pachteinnahmen, Einnahmen aus Baugenehmigungen usw.) sind 2016 in Höhe von 2,6 Mrd. Kuna geplant, 2017 2,5 Mrd. Kuna und 2018 2,3 Mrd. Kuna.

Seit dem 1. Januar 2016 wurden fünf neue Institutionen in den Haushalt aufgenommen.[1] Man muss hervorheben, dass die vorherige Regierung 2015 die Eigen- und Zweckeinnahmen vieler Institutionen, z.B. der öffentlichen Hochschulen, in den Haushaltsplan einbezogen hat.[2] Die Eigen- und Zweckeinnahmen dieser Institutionen sind ein Teil des Staatshaushalts geworden, allerdings bleiben die Eigeneinnahmen immer noch außerhalb der Staatskasse.

1 Das sind: Zentrum für die Aufsicht des Energiewirtschaftssektors, Kroatisches Zentrum für Genossenschaftsunternehmertum, Behörde für elektronische Medien, Zivilluftfahrtsbehörde und Universität Norden.

2 Dazu gehören Institutionen im Gesundheitssystem, National- und Naturparks, Staatliche Naturschutzbehörde, alle öffentliche Institutionen der wissenschaftlichen Forschung und Hochschulbildung, der sozialen Fürsorge, der Justiz, der Strafausführung und im Bereich der Kultur.

Bild 1: Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten zentralen Staatshaushalts

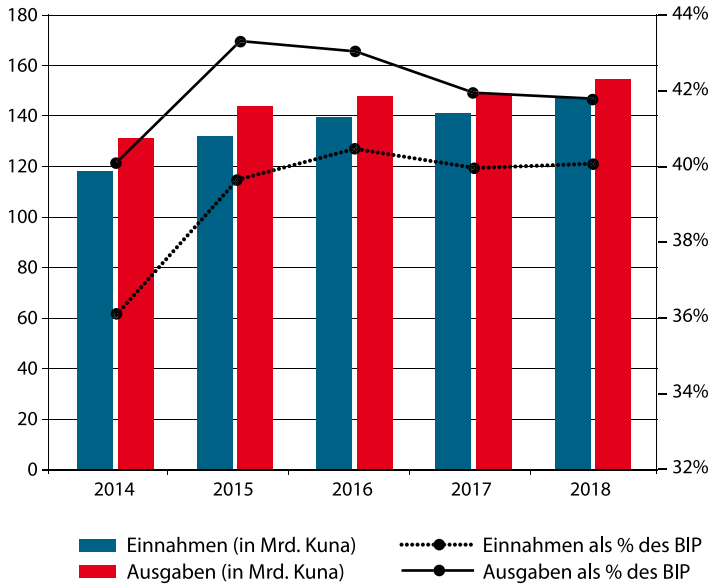
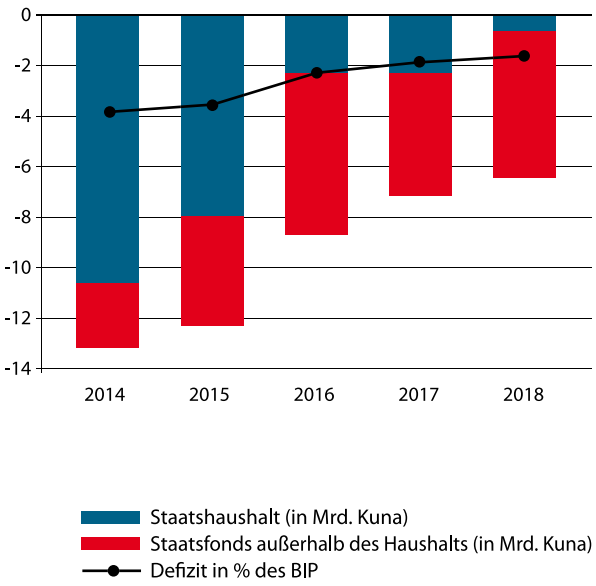


Bild 2: Defizit des konsolidierten zentralen Staatshaushalts



Wegen verschiedener Änderungen in der Methodologie der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben ist dieser Haushalt nicht direkt mit dem Haushalt in den Jahren 2014 und 2015 vergleichbar. Im Jahr 2015 waren die zusätzlichen Eigeneinnahmen der Hochschulinstitutionen in die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts eingeschlossen. Außerdem sind wegen der Übertragung eines Teils der eingezahlten Rentenbeiträge aus der ersten in die zweite Säule der Rentenversicherung in 2015 die Angaben über die Einnahmen aus den Rentenbeiträgen nicht vergleichbar mit den nachfolgenden Jahren. Der im Jahr 2014 realisierte Haushalt kann nicht mit den geplanten Größen für das Jahr 2015 und der Projektion für das Jahr 2016 verglichen werden, weil seit 2015 die Kroatische Krankenversicherungsanstalt bzw. die Beiträge für die Krankenversicherung aus dem Haushalt herausgenommen wurden. Aus diesen Gründen ist als eine vergleichbare Größe, die den Zustand der Staatsfinanzen anzeigt, der konsolidierte Haushalt des Zentralstaats zu nehmen.

Hauptprobleme bleiben ungelöst

Ebensowenig wie die vorherige Regierung, hatte auch die neue Regierung keinen vor den Wahlen vorbereiteten Haushaltsplan für die bevorstehende Dreijahresperiode ausgearbeitet. Der Haushaltsplan wurde erst nach den Wahlen ad hoc zusammengestellt und zwar in einer Zeit, in der die Regierung vorrangig mit Personalfragen beschäftigt war. Das erste Jahr des Regierungsmandats wird wahrscheinlich durch Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und Umsetzung der Empfehlungen der Europäischen Kommission, die eine Reihe von Reformen bereits im Nationalen Reformprogramm in den Vorjahren vorgegeben hatte, gekennzeichnet sein. Risiken für die Einhaltung des geplanten Haushalts bestehen vor allem in möglichen Forderungen der Gewerkschaften zur Einlösung von Versprechen auf Tariferhöhungen; außerdem ist der Haushalt nur dann einzuhalten, wenn es tatsächlich gelingt, die EU-Fonds besser auszuschöpfen; schließlich besteht ein weiteres Haushaltsrisiko in der Aktivierung von Garantien für die Staatsunternehmen im Bereich des Straßen- und Eisenbahnverkehrs.

Es fehlt weiterhin eine systematische Lösung für das Problem der Finanzierung von Autobahnen und des Status der Eisenbahnen. Ohne eine konsequente Restrukturierung der öffentlichen Unternehmen ist nicht zu erwarten, dass sich die Subventionen wesentlich reduzieren lassen. Öffentliche Unternehmen haben 2014 2,7 Mrd. Kuna Gewinne erzielt, im Jahr davor aber nur 500 Mio. Kuna. Die Einhaltung des Haushalts hängt in hohem Maße von einmaligen und unvorhersehbaren Einnahmen aus geplanten Privatisierungen, Gewinnen der Staatunternehmen und der besseren Ausschöpfung von Mitteln aus EU-Fonds ab. Ohne eine erkennbare Strategie zur Steuerung der staatlichen Verschuldung und einen ausgewiesenen Plan zum Abbau der Staatsschuld bleibt die Regierung wenig glaubwürdig in ihrem erklärten Versprechen, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zu einer ihrer wichtigsten Prioritäten zu erheben. Die Regierung sollte einen Gesetzentwurf vorlegen, wodurch das Management der öffentlichen Schulden klar definiert wird.

Anto Bajo *ist Forscher im Institut für öffentliche Finanzen in Zagreb*

Impressum:
BLICKPUNKT KROATIEN erscheint vierteljährlich in elektronischer Form.
Gesamtverantwortlich: Dr. MAX BRÄNDLE, Leiter des Regionalbüros der FES für Kroatien und Slowenien
Chefredakteur und Übersetzer ins Deutsche: Dr. NENAD ZAKOŠEK, Professor an der Fakultät der politischen Wissenschaften der Universität Zagreb und wissenschaftlicher Berater des FES-Büros Zagreb, Layout: VESNA IBRIŠIMOVIĆ
Friedrich-Ebert-Stiftung, Praška 8, HR - 10000 Zagreb, Kroatien, Telefon: +385 1 4807970, Fax: +385 1 4807978, E-mail: ijp@fes.hr, Web: www.fes.hr

Die publizierten Texte geben die Ansichten der Autoren wieder und müssen nicht mit den Auffassungen der FES übereinstimmen.
© Copyright: Die Verwendung der Texte oder Auszüge aus ihnen ist nur mit der vorherigen Genehmigung des FES-Büros Zagreb erlaubt.
© Copyright der Fotografien in dieser Ausgabe: CROPIX, Zagreb.
Wenn Sie den Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail an unsere Adresse.